

„Denk ich an Deutschland in der Nacht...

Dieser Gedenktag, der 9. November 2025, seine Botschaft, waren ein Offenbarungseid unseres Staates und unserer Gesellschaft.

In allen öffentlichen Reden, in Statements und in Kommentaren in den Medien wurde zurecht die Bedrohung unserer Demokratie an den Wand gemalt und die Notwendigkeit wiederholt, dass wir uns alle gemeinsam dagegen wehren sollten.

Der Bundespräsident hat dabei den Ton angegeben, aber es wieder versäumt, schonungslos, offen und klar zu benennen, wer sich dieser Herausforderung, dieser unbedingten Solidarität entzieht, wer die offenen Feinde unserer Demokratie und die scheinheiligen Kämpfer für diese Staatsform sind.

Es ist natürlich richtig, an einem solchen Tag die Partei besonders ins Visier zu nehmen, die ganz offen einen anderen Staat, eine andere verfassungsmäßige (?) Ordnung und eine andere Gesellschaft in unserem Land will. Auch der Hinweis darauf, dass über dieser Partei zurecht das Damoklesschwert eines Parteiverbots schwebt, ist nicht verkehrt, hilft aber in der politischen Diskussion überhaupt nicht weiter.

Das aktuelle Problem unseres Landes, der Gesellschaft in unserem Staat, ist aber, dass es keinen Common Sense darüber gibt, dass sich das Deutschland, wie wir es kennen, wie wir es lieben, tatsächlich in einer existentiellen Krise befindet und diese Krise nur bewältigt werden kann, wenn alle Teile unserer Gesellschaft bereit sind, ohne Rücksicht auf private Interessen einzelner oder von Gruppen, daran mitzuwirken, dass uns ein zweites Wunder gelingt:

Wir müssen unser Land wieder verteidigungsfähig machen gegen äußere Feinde, wir müssen die inneren Feinde unserer verfassungsmäßigen Ordnung politisch stellen und besiegen, wir müssen den Industriestandort Deutschland retten und neue Arbeitsplätze in neuen Technologien schaffen und wir müssen durch spürbares Wachstum die finanzielle Basis unseres Sozialstaates sichern.

Dies kann nur gelingen, wenn wir bis zur Bewältigung dieser Krise die alten Verhaltensmuster in der Politik unseres Landes verlassen: Die Opposition, die Medien und die Interessenverbände sollten endlich aufhören damit, jeder Initiative der Regierung sofort und unreflektiert ein „*verfehlt*“, ein „*zu spät*“ oder ein „*zu wenig*“ entgegenzuschleudern. Sie sollten endlich ihren Beitrag dazu leisten, dass es unserer Gesellschaft gelingt, sich auf diesen Common Sense zu verständigen und danach zu handeln.

Wenn uns das gelingt, dann ist die Diskussion zwischen Regierung, Opposition, Medien und Verbänden darüber, *wie* diese gemeinsamen Ziele am besten zu erreichen sind, willkommen und hilfreich.

Warum bringt der Bundespräsident nicht den Mut auf, klar die latenten Risiken für unser Land und seine verfassungsmäßige Ordnung zu benennen?

Da gibt es eine Regierungspartei, die **SPD und zwei Oppositionsparteien**, die sich in einem ständigen Wettbewerb gefallen, die Unionsparteien vor einem Einreißen der „Brandmauer“ zur AfD zu warnen und jede politische Äußerung aus den Reihen der Union, die das Meinungsspektrum links von der Mitte zu verlassen scheint, zu skandalisieren.

Aber diese scheinheiligen Kämpfer gegen die AfD befinden sich seit Jahren in einem komfortablen Zustand: Die AfD sorgt dafür, dass die Union auf absehbare Zeit keine Chance haben wird, im oberen Bereich der 30 % oder darüber die Wählergunst zu gewinnen. Deshalb haben diese Parteien auch nicht den Anschein einer Strategie, wie sie die AfD wirkungsvoll bekämpfen und parlamentarisch marginalisieren wollen. Dies liegt auch überhaupt nicht in ihrem Interesse, da sie genau wissen, dass die Mehrzahl ehemaliger AfD-Wähler, die sich von dieser Partei abwenden wollen, die Union und keine andere Partei stärken werden.

Und da gibt es die öffentlich-rechtlichen **Medien** und einen großen Teil des Zeitungsjournalismus, deren Hauptanliegen es ist, das Scheitern der Ampelkoalition und ihrer Partner zu relativieren und die Erfolge der schwarz-roten Koalition zu ignorieren oder klein zu reden.

Jeder Ansatz eines Stimmungsumschwungs in Wirtschaft und Gesellschaft wird durch Kaskaden von Kritik an der Politik der Regierung zunichte gemacht. Es gibt scheinbar keinen Platz mehr für Berichte über Erfolge der Politik in unserem Land, sondern nur für Missstände, Unfähigkeit und Scheitern in allen Bereichen.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein richtiger Satz des Bundeskanzlers absichtsvoll missverstanden, zu absurden Kampagnen missbraucht und skandalisiert wird. Ein von der Mehrheit der Bevölkerung geteilter Satz des Bundeskanzlers zum Stadtbild in unserem Land dominiert mehr als einen Monat die Talkshows, Leitartikel und Kommentare in den Medien. Dabei geht es ausschließlich darum, dem Kanzler einer Regierung, die erst wenige Monate im Amt ist, nachhaltig zu schaden.

Und schließlich gibt es die Fülle von **Verbänden**, angeführt von den Gewerkschaften und den sozialen Pressure Groups. Abgesehen von den Gewerkschaften, deren Klientel durch die industrielle Krise in unserem Land besonders betroffen ist, ist dort nicht der Ansatz davon zu sehen, in dieser schweren Krise unseres Staates und unserer Gesellschaft Solidarität zu zeigen und die von allen beschworene „Zeitenwende“ offen und aktiv mitzugestalten.

Ja, **die Botschaft**, die von diesem 9. November 2025 ausgeht, **ist fatal**:

Unser Land, unsere Gesellschaft sind gegenüber *äußeren* Feinden zurzeit weder hinreichend zur Verteidigung bereit und fähig und schon gar nicht kampfbereit. Dies zeigt die quälende Diskussion über die Vergrößerung der Truppenstärke der Bundeswehr. Wer dabei nicht bereit ist, die jungen Frauen unseres Landes ohne Wenn und Aber einzubeziehen, leistet der so nötigen Verteidigungsbereitschaft einen Bärenienst und blendet die unangenehme Kehrseite der Gleichberechtigung aus Feigheit aus.

Aber nun wissen wir auch, dass wir zurzeit nicht in der Lage sind, den inneren Bedrohungen in unserem Land entschlossen, mutig und solidarisch entgegenzutreten.

Die allenthalben anzutreffende naive, bestürzende Hoffnung, dass alles schon nicht so schlimm kommen wird, wie von den Mahnern an die Wand gemalt und vom Kanzler beschworen, erinnert an den suizidalen Zug der Lemminge.

Die mentale Aufstellung auf diesem Irrweg bestimmen Teile einer Regierungspartei, der gerade noch 14 % der Wähler folgen und die zu einem Auslaufmodell in unserem Land zu werden droht, weil sie die von ihrem letzten Kanzler beschworene „Zeitenwende“ nicht wirklich mitmachen will. Wenn ich daran denke, dann bin ich **„um den Schlaf gebracht...“**.